



Frankfurter Institut

Stiftung Marktwirtschaft und Politik

u. Oesper

Osterweiterung der Europäischen Union

Als Chance zur Reform begreifen

Juergen B. Donges, Johann Eekhoff,
Wernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann
Olaf Sievert (Kronberger Kreis)

Auch das Finanzministerium und der Rechnungshof hätten über die Akten verfügt. Allerdings wird Dewes - im Gegensatz zum Finanzminister oder zum Rechnungshofpräsidenten - mehrfach zitiert. Zum einen soll er gesagt haben: „Die haben ihm (Böck) auf Kosten des Landes das Haus ausgebaut und auch noch möbliert.“ Just an dem Tag, als diese Tatsachenbehauptung Dewes' publiziert wurde, gab sein Ministerium jedoch bekannt, daß das Ministerium den Sachverhalt noch prüfe.

An anderer Stelle in dem Bericht „wundert“ sich Dewes, daß die Akte Böck „im Keller (seines Ministeriums) regelrecht versenkt“ worden sei. Nachdem sich die Frage aufgedrängt hatte, wie eine Akte solch brisanten Inhalts im affärengebeutelten Innenministerium für Jahre in Vergessenheit geraten und wie zufällig im Wahlkampfjahr 1998 wiederauftauchen konnte, teilte das Ministerium auf eine Anfrage

zu lesen: „Eine Wertsteigerung ist schwer nachzuweisen, da Sicherungsmaßnahmen im Regelfall den Gebrauch des Wohngebäudes beeinträchtigen. Sie werden vielmals als Einschränkung und somit wertmindernd angesehen. Ein Rückbau von Sicherungsmaßnahmen, auf den der Wohnungseigentümer Anspruch hat, verursacht erhebliche zusätzliche Kosten.“ Böck dachte, die Sache sei damit erledigt. Zwar bat ihn der frühere Staatssekretär im Innenministerium Lippert 1994 noch einmal zu einem abschließenden Gespräch über den Vorgang. Dann aber fiel das Innenressort an den Sozialdemokraten Dewes. Seither hat es sein Haus offenbar unterlassen, dieses Gespräch zu suchen.

Das Innenministerium wollte sich zu dem Vorgang nicht äußern. Eine Sprecherin teilte auf Anfrage mit, Innenminister Dewes sehe die Dinge sehr gelassen: eine Stellungnahme des Minister gebe es nicht.

Wieczorek-Zeul für Reformen in der EU Neuordnung der Landwirtschaft und institutioneller Wandel geplant

now. BRÜSSEL, 24. Juli. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung soll die deutsche Europapolitik vor allem an der Neuordnung der Landwirtschaftspolitik sowie an weitreichenden Reformen der Institutionen der Gemeinschaft ausrichten. Dies hat die europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Wieczorek-Zeul, am Freitag nach Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission, des EU-Ministerrats und des Europäischen Parlaments gesagt. Sie bekräftigte dabei die Ausführungen des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder, der Mitte des Monats bei einem Besuch des Europäischen Parlaments sein bisher deutlichstes Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozeß abgegeben hat. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 will die Parteispitze im August erstmals im Detail die europapolitischen Schwerpunkte einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung beraten. Dabei wird es auch um eine stärkere Betonung einer in Europa koordinierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gehen. Nachdem Schröder bereits in Straßburg in einer Reihe von Punkten versucht hatte, sich von der Europapolitik der Bundesregierung abzusetzen, ließ jetzt auch Frau Wieczorek-Zeul erkennen, daß die Sozialdemokraten in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes stärkere Alternativen zu der derzeitigen Bonner Europapolitik herausstellen wollen. Dies gelte nicht zuletzt für die als widersprüchlich empfundene Bonner Haltung zur Reform der europäischen Agrar-, Finanz- und Strukturpolitik (Agenda 2000). Wenn deutsche Regierungsmitglieder einerseits nicht an der gemeinsamen Agrarpolitik rüttelten, andererseits aber eine möglichst rasche Ost-Erweiterung anstreben und überdies insgesamt weniger an die Gemeinschaft zahlen wollten, dann seien solche Positionen „miteinander völlig unvereinbar“, sagte die SPD-Politikerin. Auch die Sozialdemokraten befürworteten eine größere Beitragsgerechtigkeit. Am ehesten sei eine Entlastung durch verstärkte Rückflüsse aus den EU-Strukturfonds nach Deutschland sowie durch eine gemeinsame Finanzierung von direkten Einkommensbeihilfen von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten zu erreichen.

Die SPD-Europaabgeordnete Haug schätzt, durch diese gemeinsame Finanzierung ließen sich die deutschen Zahlungen nach Brüssel um mindestens sechs Milliarden Mark jährlich verringern.

Die Notwendigkeit weiterer institutioneller Reformen begründete Frau Wieczorek-Zeul mit dem Prozeß der Ost-Erweiterung. Grundsätzlich sollte bei allen Entscheidungen des Ministerrats der lähmende Einstimmigkeitszwang weichen. Ausgenommen werden sollten davon lediglich Kernbereiche wie Finanzen und Steuerpolitik. Dagegen seien Mehrheitsentscheidungen sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Innen- und Rechtspolitik notwendig, wenn die Gemeinschaft sich den inneren und äußeren Herausforderungen erfolgreich stellen wolle. Im letzten Punkt zeigen sich deutliche Nuancen zu Schröder, der in Straßburg zwar eine „kluge Ausgestaltung“ des Mehrheitsprinzips empfohlen, seine Vorstellungen allerdings nicht näher erläutert hatte. Frau Wieczorek-Zeul wiederholte in Brüssel die Forderung, dem EU-Vertrag eine Grundrechtscharta voranzustellen. Dies werde dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozeß verständlicher zu gestalten und Europa den Bürgern tatsächlich näherzubringen.

„Süssmuths Vorschlag ist EU-widrig“

F.A.Z. FRANKFURT, 24. Juli. Den Vorschlag von Bundestagspräsidentin Süssmuth (CDU), nach einem EU-Beitritt Polens die Niederlassungsfreiheit auszusetzen, hat der CSU-Europaabgeordnete Posselt scharf kritisiert. Süssmuth hatte am Mittwoch in Warschau diese Möglichkeit genannt, um Sorgen in Polen vor Rückgabeansprüchen deutscher Vertriebenen vorzubeugen. Der Vorschlag schade den Heimatvertriebenen und sei „EU-widrig“, sagte Posselt, der stellvertretender Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist. Posselt wies auf die Verpflichtung hin, die Slowenen für die bloße EU-Assoziierung habe eingehen müssen, ein Vorkaufsrecht für italienische Heimatvertriebene zuzugestehen.

Auch die Bundeswehr hat im Rechtsstreit

sitz des Landes, sagte Frank, fehle es der Verwaltung mitunter an Kostenbewußt-

Milliarden Mark reichen nicht aus, um die Schuldendienstaussagen zu decken.

Zwei Welten zum Preis von einer.

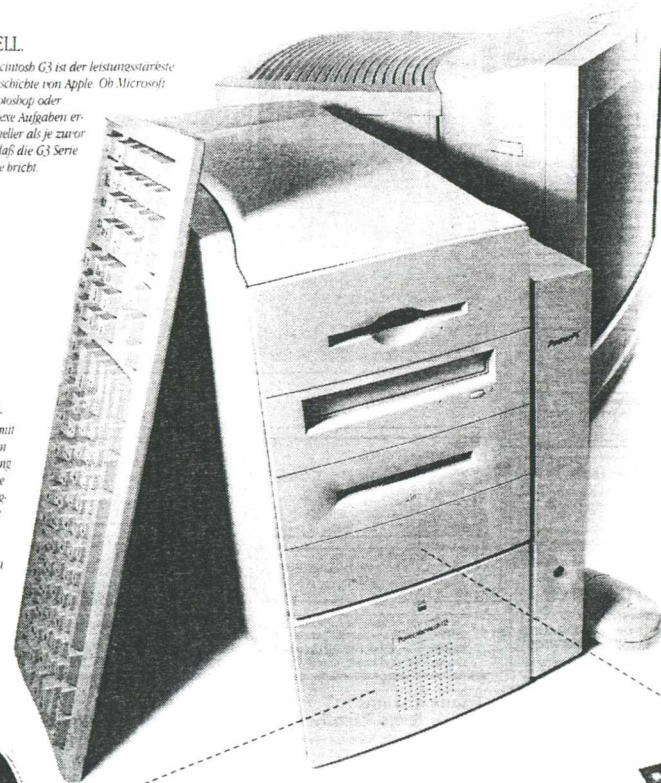
Jetzt erhalten Sie jeden Power Macintosh G3 mit Virtual PC dt. 2.0 (PC-DOS) und 32 MB Speicher-Erweiterung. Aber nur solange der Vorrat reicht.

SUPERSCHNELL.

Der neue Power Macintosh G3 ist der leistungsstärkste Computer in der Geschichte von Apple. Ob Microsoft Office 98, Adobe Photoshop oder QuickTime - komplexe Aufgaben erledigen Sie jetzt schneller als je zuvor. Kein Wunder also, daß die G3 Serie alle Verkaufsschritte bricht.

DAS BESTE AUS BEIDEN WELTEN.

Der Power Macintosh G3 mit Virtual PC verschafft Ihnen Kompatibilität und Leistung par. Denn er verbindet die unglaubliche Geschwindigkeit des G3 Prozessors mit den Möglichkeiten der PC-Welt. Profitieren Sie von der unvergleichlichen Benutzerfreundlichkeit des Mac OS 8 bei gleichzeitigem Zugriff auf PC-Anwendungen. So nutzen Sie das Beste aus zwei Welten - in einem Macintosh.



Think different.



MEHR ARBEITSSPEICHER.

Mit den zusätzlichen 32 MB Arbeitsspeicher haben Sie noch mehr Power, noch mehr Flexibilität.

Jetzt sollten Sie sich beeilen und am besten gleich zu Ihrem Apple Händler gehen. Denn dieses Angebot gibt es nur, solange der Vorrat reicht. Mehr Informationen erhalten Sie unter Telefon: 01805/000 622.